

Kette 130

**Mitteilungen des Instituts für
vergleichende Irrelevanz**

4



inhalt

_editorial [2]

_stellungnahme des ivi zu den übergriffen am rande der demo
»gedenken an den atombombenabwurf auf hiroshima (6. august
1945) und für eine sofortige waffenruhe im nahen osten«,
veranstaltet vom »frankfurter bündnis gegen den krieg« am 5.8.06
in ffm [4]

_iran - universität - studentinnen
die neue studentenbewegung im iran [6]

_aufruf und programm zu den protestkulturtagen in wiesbaden
11.-14.09. 2006 [13]

_rückblick auf das protestzelten auf der wiese am
ig – farbenhaus [15]

_rede des „arbeitskreises gegen das vergessen“ [17]

_interview über das leben und arbeiten am turm [19]

_spendenaufruf des ak recht [27]

editorial

seit das ivi am 3. dez. 2003 von studierenden nach einer vollversammlung auf dem campus besetzt wurde, ergaben sich immer wieder krisen und probleme, bzgl. der fortexistenz dieses projektes. dass die universität sich weiterhin kategorisch weigert, unsere arbeit anzuerkennen, beruht zwar auf gegenseitigkeit, macht aber die forschung hier am institut nicht leichter. ein prekärer status zieht eben auch mangelnde planungssicherheit nach sich. dennoch – bzw. gerade deswegen – hat die *methode der besetzenden forschung* an der uni und darüber hinaus ihre berechtigung. dass es hin und wieder mal kriselt, liegt eben in der natur der sache. fakt ist, dass das ivi seit der studierendenproteste in diesem jahr noch von einer viel größeren zahl von einzelpersonen, gruppen etc. aktiv genutzt und unterstützt wird. diverse lesekreise funktionieren, der kneipenabend am mittwoch (kiosk: couch, plausch, hörgenuss) und die sonntäglichen film-themenabende, erfreuen sich großer beliebtheit. die aktuellsten infos zu den im ivi stattfindenden projekten sind auf www.myblog.de/irrelevanz einsehbar. koordiniert

wird das ganze auf dem montagsplenum um 18uhr, wozu ihr, ebenso wie auch zu allen anderen angeboten, herzlich eingeladen seid.

der schwerpunkt der vierten ausgabe der kette130 liegt in dem versuch, einen beitrag zu einer theoretischen aufarbeitung der in den vergangenen studiprotesten gemachten erfahrungen zu leisten. es gilt, die semesterferien dafür zu nutzen, um die proteste im kommenden semester inhaltlich auf ein stabileres fundament stellen zu können. einen blick über den tellerrand inneruniversitärer borniertheit soll diesmal der text über die studierendenbewegung in iran von ali schirasi ermöglichen.

das gespräch zwischen der „ag vermummung statt verdummung“ und „h. vom turm“ wurde anfang august geführt, als vor allem die gerüchte um die „turmverhüllung“ den diskurs bestimmten. auch wenn dieses in punkto rücksichtslosigkeit beispielhafte vorhaben der unileitung, aufgrund zu hoher kosten mittlerweile vom tisch zu sein scheint, halten wir die dokumentation dieses gespräches für wichtig.

es ist eine moment-aufnahme, die eine historische perspektive auf die sozialen kämpfe um bessere arbeitsbedingungen am afe-turm ermöglicht. ein blickwinkel der mehr einschließt, als im sinne der funktion des turms als zurichtungsstätte für den arbeitsmarkt wäre. so wird nachvollziehbar, dass viele dem „alptraum in beton“ (fr, 24.06.06) statt bloßer ablehnung, eher gemischte gefühle entgegen bringen. das liebenswerte am turm ist nämlich, dass er bereits mit wenigen personen ziemlich leicht blockiert werden kann. was man dann mit diesem raum alles anstellen kann - die untermauerung der eigenen politischen forderungen, selbstorganisation, partys - „das ist wie urlaub!“ (aus dem plädoyer eines namhaften turm-besetzers für die fortführung der blockade bis in die semesterferien – mindestens). in diesem sinne...

...viel spass beim lesen, dein ivi [red.]

*Institut für vergleichende Irrelevanz // Kettenhofweg 130
www.irrelevanz.tk // www.myblog.de/irrelevanz*

Stellungnahme des Instituts für vergleichende Irrelevanz

zu den Übergriffen am Rande der Demonstration »Gedenken an den Atombombenabwurf auf Hiroshima (6. August 1945) und für eine sofortige Waffenruhe im Nahen Osten«, veranstaltet vom »Frankfurter Bündnis gegen den Krieg« am 5.8.06 in Frankfurt

„In der Welt als Serienproduktion ersetzt deren Schema, Stereotypie, die kategoriale Arbeit. Das Urteil beruht nicht mehr auf dem wirklichen Vollzug der Synthesis, sondern auf blinder Subsumtion.“
Horkheimer/Adorno

Eine Gruppe von drei Leuten, einer mit Israel-Winkelement am Rucksack, stand am Rande der Demonstration bei deren Auftakt an der Hauptwache. Schon dort wurde offensichtlich gepöbelt und das Winkelement vom Rucksack abgerissen. Im weiteren Verlauf kam es, nach Darstellung eines Angegriffenen, zu einem abermaligen, aber nicht intendierten, Zusammentreffen. Dort wurde die kleine Gruppe zunächst als »Faschisten, Zionisten, CIA, Imperialisten« bezeichnet. Nach den Verbalinjurien folgten die körperlichen Angriffe, bei denen die Gruppe geschubst und geschlagen und schließlich einer Person zwei Finger gebrochen wurden. Einige der AngreiferInnen, die auf der Demo ein Transpi mit der Aufschrift »Keine Solidarität mit dem israelischen Staat« vor sich her trugen, rechnen sich laut dem Hauptbetroffenen der linken Szene zu.

Die Struktur des gewalttätigen Übergriffs ist dieselbe wie bei ähnlichen Vorfällen in den vergangenen Jahren in Frankfurt und wie bei den jetzigen sogenannten »Friedensdemonstrationen« in verschiedenen deutschen Städten. Diejenigen, die sich Frieden auch für Israel wünschen und dies öffentlich zeigen, werden als »Provokateure« ausgemacht, auf eine Stufe mit Nazis gestellt und damit für die diversen antisemitischen Gangs zu Freiwild erklärt. Der Wahn Einiger wurde auch schon zuvor deutlich als der blau-weiß gestreifte Rock einer Frau als Israel-Flagge »erkannt« wurde, obwohl das Muster des Rockes auch im Entferntesten keinerlei Ähnlichkeit mit dieser aufwies. Könnte eine Empörung über den Krieg noch nachvollzogen werden, wenn diese auch fragwürdig bleibt solange keinerlei Empathie für die hunderttausenden Flüchtlinge in Israel und die Opfer der Katjuschas, die tatsächlich wahllos auf die Bevölkerung in der einzigen Absicht, so viele als möglich zu

töten, abgeschossen werden, wahrzunehmen ist, so ist der verbale und praktisch gewordene Hass auf Israel der Ausdruck von Stereotypie des Denkens und schlichter Fakten- und Aufklärungsresistenz. Und wie schon 2003, als die Friedensbewegung sich endlich mit der deutschen Regierung versöhnt sah, so wissen die AntizionistInnen sich einig mit dem Mainstream der Deutschen: 68% der deutschen Population ärgern sich darüber, dass ihnen die Verbrechen an den Juden vorgehalten würden, ebenso so viele sind der »Meinung«, Israel führe einen »Vernichtungskrieg« gegen die PalästinenserInnen und 65% halluzinieren Israel als die größte Gefahr für den Weltfrieden. Schon 1969 schrieb der Philosoph Jean Amery: „Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießher-Stammtisches mit den Barrikaden ist wider die Natur, Sünde wider den Geist, um in der vom Thema erzwungenen Terminologie zu bleiben.“

Das Institut für vergleichende Irrelevanz verurteilt diesen Übergriff auf das Schärfste. Gewalt in dieser Form verhindert Kritik und blockiert jegliche inhaltliche Auseinandersetzung, sie ist von daher die Absage an jede Emanzipation. Dem (linken) Antisemitismus und seiner Form der »Umwegkommunikation« (Heitmeyer-Studie 2003) Antizionismus kann nur mit einer intellektuellen Auseinandersetzung begegnet werden, welche die Bereitschaft zur Selbstreflexion und Selbstkritik notwendig einschließt.

lvi im August 06

Bedroht!

Ein seltenes Stück Wohn- und Lebenskultur. Der Bauwagenplatz. In Mainz.

Die Universität plant eine Erweiterung der physikalischen Chemie.

Auf unserem Platz. Dafür werden wir gezwungen, die Hälfte unseres Zuhauses aufzugeben. Ein Gelände ist zwar im Gespräch – es hapert aber noch an den Einzelheiten, Finanzierung und Größe.

Wir wollen nicht weg, wären jedoch bereit dazu, eine Hälfte umzusiedeln.

Nun ist die Uni dran, uns einen adäquaten Ersatz zu stellen, weil wir so weiterleben und nicht ganz weg wollen.

www.wagenplatz-mainz.de.vu

Iran - Universität - StudentInnen

Die neue Studentenbewegung im Iran

Die Studentenbewegung hat im Iran eine lange Vorgeschichte. Sie hat sich stets für verbesserte Studienbedingungen, gegen die Zensur der Fachliteratur, für eine Selbstorganisation der Studenten, für gesellschaftliche Freiheiten und eine Demokratisierung der Gesellschaft eingesetzt.

Den Schah an die Macht

Wenige Monate nach seiner Machtergreifung schickte der Schah den Studenten seine Spezialeinheit auf den Hals, die im Dezember 1953 die Technische Hochschule stürmte und drei Hochschüler erschoss. Zahlreiche Studenten wurden verhaftet und viele verletzt. Aufgrund der polizeilichen Unterdrückung war die Studentenbewegung gezwungen, in den Untergrund zu gehen und ihre Aktivitäten heimlich fortzusetzen. Im Rahmen dieser Untergrundaktivitäten bildeten sich die Studenten theoretisch fort, pflegten aber auch Sportarten wie das Bergsteigen und gemeinsame Unternehmungen, um ihre Widerstandskraft zu festigen und so auch zum Beispiel im Fall einer Festnahme dem Druck der Verhörmethoden zu widerstehen. Mit Hilfe von heimlich gedruckten und verteilten Zeitungen und Flugblättern versuchten sie, vom Regime unterdrückte Nachrichten zu verbreiten und in die Bevölkerung zu tragen.

Veränderung: Mit Worten oder mit Waffen?

Die Diskussion in diesen Kreisen drehte sich jetzt vor allem um den Sturz des Schahregimes. Denn alle waren überzeugt, dass die Forderungen nach mehr Freiheit und verbesserten Studienbedingungen keine Aussicht auf Erfolg hatten, solange der Schah die politische Macht in den Händen hielt. Die große Frage war nur, WIE es gelingen sollte, den Schah zu stürzen. Durch einen bewaffneten Kampf oder durch einen Volksaufstand? Und wenn durch einen bewaffneten Kampf, dann wie? Diese beiden Grundpositionen, die in den damaligen Diskussionen zutage traten, führten zu einer Spaltung in der Studentenbewegung ebenso wie in allen anderen sozialen Bewegungen. Die Anhänger der einen Richtung wurden als Nesamikor, als die Militärischen, bezeichnet, die anderen als Siyosikor, als die Politischen. Jede Richtung war wiederum in zwei Fraktionen gespalten, in eine marxistische und eine religiöse.

Ein marxistischer Flügel trat unter dem Namen Organisation der Partisanen der Volksfedajin im Februar 1970 in den Wäldern im Nordiran den bewaffneten Kampf gegen das Schahregime an. Aber als das Schahregime die nördlichen Wälder von der Luft und vom Lande

umzingelte, brach der Widerstand der Partisanen zusammen. Auch wenn die Unternehmung vom Misserfolg gekrönt war, verfehlte sie ihre Wirkung an den Unis nicht, und die aktivsten Studenten schlossen sich den Fedajin an, die auf diese Weise starken Einfluss auf die Studentenbewegung bekamen. Da zu jener Zeit, das heißt bis 1978, jegliche oppositionellen politischen Parteien und Organisationen verboten waren und kein legaler politischer Freiraum existierte, verwandelten sich die Hochschulen in wichtige Zentren, in denen Dichterlesungen, Vorträge, Theater- und Filmvorführungen veranstaltet und verbotene Bücher, Zeitungen sowie Flugblätter verteilt wurden.

Chomeini – Trittbrettfahrer der Revolution

Als Chomeini nach Iran zurückkam, besuchte er zuerst das Grab der Märtyrer und dann eine halbreligiöse Schule im Zentrum Teherans. In dieser Schule ließ er sich zunächst nieder und forderte seine Anhänger auf, ihn dort aufzusuchen. Chomeinis Hintergedanke war der, das Zentrum des Kampfes von der gegenüberliegenden Uni zu sich herüberzuziehen. Aber seine Rechnung ging nicht auf, und die Uni blieb weiter der Treffpunkt für die politischen Kräfte und die Studentenbewegung. In dieser Zeit, also während des Volksaufstands, splitterte sich die Studentenbewegung in Dutzende marxistischer und religiöser Gruppierungen auf, von denen jede entsprechend ihrer Kräfte und Anhängerzahl ein Gebäude oder einige Räume der Uni in Beschlag nahm und sie in ein zentrales Büro für die politische Arbeit verwandelte. Als es Chomeini nicht gelang, sich die Uni und die Studenten zu unterwerfen, wählte er den Fußballplatz der Uni, der genau in ihrem Zentrum lag, zum Versammlungsort für das Freitagsgebet und wählte die daneben liegende Moschee der Uni als Ort für die Freitagspredigt. So versammelten sich jeden Freitag eine Million Moslems - ob freiwillig oder aus Angst - auf dem Fußballplatz zum Gebet. Das Freitagsgebet wurde zur landesweiten Tribüne, auf der Chomeini über seine Anhänger die Richtlinien zu allen Fragen der Innen- und Außenpolitik diktierte. Aber auch mit dieser Taktik gelang es Chomeini nicht, die Uni und die Studenten, die er gegen sich hatte, zum Rückzug zu veranlassen. So geschah es, dass die Uni, die in der Bevölkerung hohes Ansehen genoss, erneut eine Bastion zur Verteidigung der Freiheit wurde.

Chomeini lässt die Unis stürmen

Das war für Chomeini inakzeptabel. Im Mai 1980 gab Chomeini persönlich den Befehl zum Angriff. Mit Knüppeln bewaffnete Anhänger der Gottespartei, der Hesbollah, stürmten die Unis und schlossen sie. Zwei Jahre lang blieben die Hochschulen geschlossen. In diesen zwei Jahren wurden Tausende von Studenten, Studentinnen und Lehrkräften der Unis verhaftet, gefoltert, ins Gefängnis gebracht und hingerichtet.

1982 wurden die Unis wieder geöffnet, offen standen sie aber nur noch den Anhängern des Chomeini-Regimes und denjenigen, die entsprechende Beziehungen hatten. Nach der Eröffnung wurde an jeder Uni, an jedem Institut, an jeder Akademie, sogar in jeder Klasse ein Islamischer Verein gebildet, der unter der Aufsicht eines direkt von Chomeini ernannten Vertreters stand.

Nach der Wiedereröffnung änderten sich die Aufnahmebedingungen. Jetzt waren die Noten nicht mehr ausschlaggebend. Selbst wenn man in seinem ganzen Schulleben sich nie gegen Chomeini und die Islamische Republik geäußert hatte und selbst wenn man die Prüfung mit sehr guten Noten bestanden hatte, war das erst der Anfang des Verfahrens. Denn dann kamen geheime Prüfer an den bisherigen Wohnort des angehenden Studenten und befragten die Nachbarschaft. Erst wenn sie dabei feststellten, dass man in seinem privaten wie im öffentlichen Leben die islamischen Vorschriften eingehalten hat und sich niemals gegen Chomeini oder die islamische Regierung kritisch geäußert hat, erst dann durfte man mit dem Studium beginnen.

Angesichts der äußerst schweren Studienbedingungen und der Anwesenheit von 40 Prozent Studenten, die energische Befürworter des Chomeini-Regimes waren, blieb für freiheitsliebende Kräfte an den Unis kein Platz. So erklärt sich das 15jährige Schweigen der Unis nach der Wiedereröffnung und Säuberung.

Ruinierte Wirtschaft

Vor etwa drei Jahren zwang eine gewaltige Wirtschaftskrise das System der Islamischen Republik Iran in die Knie: die Preise kletterten auf schwindelerregende Höhen, und die Arbeitslosigkeit verbreitete sich wie die Pest, und allmählich tauchten da und dort die ersten spontanen Protestbewegungen auf. Das inländische Kapital flüchtete ins Ausland, während das ausländische Kapital sich zu unsicher fühlte, um im Iran zu investieren.

Neue Studentenbewegung

In dem sich anschließenden Machtkampf hatte der konservative Flügel die wirtschaftliche, polizeilich-militärische, die richterliche und die gesetzgebende Gewalt in seiner Hand. Der liberale Flügel dagegen hatte nichts an der Hand, um die verschiedenen Machtbereiche zu erobern. So leitete er das Wasser der gewaltigen Unzufriedenheit in der Bevölkerung auf seine Mühlen und zog über 20 Millionen Menschen, besonders die Jugend und die Intellektuellen, auf seine Seite. In diesem Umfeld bildete sich eine neue Studentenbewegung, die mit Unterstützung der Liberalen auch Kritik an den Konservativen üben durfte. In ihren Reden und Zeitungen kritisierten die Studenten die Bestechlichkeit, die Unterschlagung öffentlicher Gelder, die Seilschaften,

die politischen Morde und Folterungen. Neben diesen Enthüllungen wandte sich die neue Studentenbewegung allmählich auch den Studienbedingungen zu, womit sie viele weitere Studenten anzog. Schließlich überschritten ihre Forderungen auch diese Stufe und bezogen sich auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Im Laufe der Zeit begnügte sich die Studentenbewegung nicht mehr damit, nur in der Uni Reden zu halten, sie gingen auch in die Parks und die Moscheen, um die gewöhnlichen Menschen zu erreichen. Solche Veranstaltungen waren ein beliebtes Angriffsziel für die Schlägertrupps der Hesbollah. Die Bewegung stellte ihre Forderungen im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik und pochte auf die Einhaltung ihrer Gesetze. Die Folgen dieser Auseinandersetzung für die fortschrittlichen Intellektuellen und die unzufriedene Bevölkerung waren sehr positiv, denn in dieser günstigen Situation erfuhren sie erstmals von geheimgehaltenen Fakten und Vorgängen aus dem Innern der Macht. Dieses neue Bewusstsein machte der Bevölkerung und vor allem den Studenten Mut, die auf einmal ohne Angst vor Zusammenstößen, vor Inhaftierung und Folter Protestdemos veranstalteten. So wurde die Uni nach 18 Jahren erneut zum politischen Zentrum der Protestbewegung gegen die Unterdrückung und Diktatur.

Massaker an Studenten

In der Nacht zum Freitag, dem 9. Juli 1999 trat die Studentenbewegung in eine neue Phase ein. In dieser Nacht kamen rund 200 Studenten der Uni Teheran auf Initiative der Islamischen Vereinigung der Studenten im Studentenwohnviertel zusammen, wo sie über einen Gesetzentwurf diskutierten, der die Presse knebelte und an selbigem Tag vom Islamischen Rat verabschiedet worden war. Während dieser Debatte erfuhren die Studenten von der Schließung der Zeitung "Salam". "Salam" war die Haupttribüne des liberalen Flügels und hatte unter den Studenten zahlreiche Anhänger. Deshalb entschlossen sich die Studenten zu einem spontanen Protest. Besagte 200 verließen das Studentenviertel und marschierten zum Polytechnikum der Uni Teheran. In kurzer Zeit war ihre Zahl auf 500 angewachsen. Gegen zwei Uhr morgens beendeten die Studenten ihre friedliche Kundgebung und kehrten in ihre Wohnheime zurück. Unterdessen riegelten Polizeieinheiten zur Niederschlagung von Unruhen die Studentensiedlung ringsum ab. Gegen vier Uhr morgens, als die meisten Studenten schliefen, kam der Befehl zum Angriff. Von allen Seiten regnete ein Kugelhagel auf die Studentenwohnheime. Polizisten zur Aufstandsbekämpfung und Hesbollah-Mitglieder stürmten die Wohnhäuser mit Feuerwaffen, Knüppeln und Messern und droschen erbarmungslos auf die Studenten ein. Viele wurden sogar aus dem

Fenster geworfen. In der Folge sprachen allein schon die amtlichen Stellen von 40 Studenten, die Arm- und Beinbrüche erlitten, ein Medizinstudent erblindete. Die genaue Zahl der Todesopfer ist bis heute nicht bekannt. Nach Regierungsangaben wurden jedoch vier StudentInnen getötet, dreihundert verletzt und vierhundert verhaftet. Am 10.7.99 drängen sich dichte Menschenmassen auf dem Gelände der Uni und in den umliegenden Straßen. Keine Spur von der Polizei, nicht einmal die Hesbollahs und die mit Knüppeln bewaffneten Schlägertrupps der Konservativen zeigen sich. Die Zahl der Studenten wächst auf 15.000 an. Sowohl seitens des liberalen Flügels wie des konservativen erscheinen Vertreter bei den Studenten und bitten sie, weiterhin Ruhe zu bewahren und dem Staat Gelegenheit zu geben, den Vorfall in der Studentensiedlung zu untersuchen. Die Führer der Studenten und der Islamischen Vereine an den Teheraner Hochschulen fordern die Studenten auf, in die Uni zu gehen und dort weiter zu demonstrieren und zu protestieren. Aber die Studenten lassen sich von ihnen nicht abwiegeln. Die Studenten scheren sich nicht um die Worte der Studentenführer und Vorsitzenden der Islamischen Vereine, stattdessen brechen sie auf und ziehen in die Hauptstraßen Teherans, wo sie bis zwei Uhr morgens weiter demonstrieren.

Am Montag, den 12.7.99, gehen die Proteste weiter. Nun unterstützen auch die Unis in anderen Städten mit öffentlichen Erklärungen die Forderungen der Studenten in Teheran, einige kommen sogar nach Teheran, um ihre Solidarität zu bekunden. Um 14 Uhr eröffnet die Garde zur Aufstandsbekämpfung den Angriff auf die demonstrierenden Studenten. Gleichzeitig stürmen auch die Schlägertrupps, die auf dem Motorrad daherbrausenden Stoßtrupps der Hesbollah und andere Kräfte der Konservativen die Kundgebungsszene. Und weil die Studenten sich wehren und die Angriffe mit Steinen und Stöcken erwidern, werden aus der Luft Hubschrauber eingesetzt, die Tränengaspatronen in die Menge schießen. Viele Studenten erleiden Verbrennungen und haben Erstickungsanfälle. Noch in derselben Nacht beginnt eine Razzia mit Massenverhaftungen und Folterungen, jede Versammlung und jede Kundgebung wird vom Staat verboten. Aber trotz des Verbots, trotz der Gegenwart der Spezialeinheiten der Polizei und der Hesbollahs demonstrieren am Dienstag Tausende von Studenten auf dem Unigelände und dem Basar von Teheran, Tausende normaler Bürger, vor allem Jugendlicher, schließen sich ihnen an.

Am selben Tag werden Stoßtrupps aus dem Dunstkreis der Hesbollah in alle Richtungen ausgesandt, damit sie - zivil gekleidet und Parolen der Studentenbewegung im Munde führend - Geschäfte anzünden und Banken stürmen. Das ist das Zeichen zum Angriff: Nun setzt die Regierung alle ihre Mittel ein, um die Studentendemos an verschiedenen Orten Teherans zu attackieren und die Proteste niederzuknüppeln. Laut

amtlichen Angaben der Islamischen Republik werden an diesem Tag 1600 Studenten verhaftet, vier getötet und 400 Menschen verletzt. Inoffizielle Quellen sprechen dagegen von einer viel höheren Zahl von Opfern. Monate später sind eine Studentin und drei Studenten zum Tode, und Hunderte von Studentinnen und Studenten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

2006 - sieben Jahre später

Seither sind sieben Jahre ins Land gegangen. Die bekannten Studentenführer sind noch immer hinter Gittern. Die erlittenen Folterungen haben sie für den Rest ihres Lebens gekennzeichnet. Die iranischen Präsidentenwahlen von 2005 und der Aufruhr um das iranische Atombombenprogramm, die weltweite Aufmerksamkeit auf sich zogen, schufen einen kleinen Freiraum, den sich auch die StudentInnen zunutze machten. An den Hochschulen bildeten sich zahlreiche Gruppen, die zugunsten des von ihnen bevorzugten Präsidentschaftskandidaten Mo'in aktiv wurden. Er war der einzige, der eine Freilassung der inhaftierten Studenten und die Einhaltung der Menschenrechte forderte. Ein anderer Teil der Studenten – die Mehrheit – war dagegen der Auffassung, dass die Wahlen ohnehin eine Farce seien, und rief zum Wahlboykott auf.

Spaltung der Bewegung

Nachdem Revolutionswächter, Leute aus dem Geheimdienst und dem Innenministerium Schlüsselpositionen in der neuen Regierung besetzt hatten und Ahmadinedschad daran ging, von einem Tag auf den anderen Professoren und Rektoren zwangsweise in Pension zu schicken, die ihm zu reformistisch waren, kam es zu einer mehrfachen Aufspaltung der Studentenbewegung. Die Machthaber riefen sogenannte Disziplinierungskomitees ins Leben, die an allen Hochschulen die Einhaltung der angeblich islamischen Vorschriften überwachen sollten. Die Hisbollahi-Studenten begannen mit Unterstützung der Regierung, die reformistisch orientierten Studentenorganisationen vom staatlichen Geldfluss auszuschließen und ihnen Räume an den Unis wegzunehmen. Dies führte zu einer Schwächung der öffentlich sichtbaren Strukturen der Studentenbewegung, bestätigte zugleich aber immer mehr in ihrer Auffassung, dass politische Arbeit nur noch im Untergrund möglich sei.

Studienbedingungen und Explosion

Zugleich verschlechtern sich aber auch die Studienbedingungen generell an allen Unis. Dies führt dazu, dass immer mehr Studierende unzufrieden sind. Unzufrieden mit den Bedingungen in den Wohnheimen, dem Mensa-Essen, dem Zustand der Bibliotheken, dem Fehlen von Lehrkräften, den Schikanen der Disziplinierungskomitees, der Installation

von Kameras in den Korridoren und Veranstaltungssälen, die eine zentrale Überwachung ermöglicht, ob Studentinnen und Studenten die Geschlechterapartheid durchbrechen, und vieles mehr.

Der massive staatliche Druck hat in der Studentenschaft zur Erkenntnis geführt, dass eine isolierte Protestbewegung der StudentInnen keine Aussicht auf Erfolg im Kampf mit der Regierung hat. Das führt dazu, dass sowohl die offizielle – eher den Reformisten nahe stehende – Studentenorganisation *Büro zur Festigung der Einheit* wie auch die im Untergrund agierenden Widerstandszellen bemüht sind, andere Gesellschaftsgruppen, die in Konflikt mit der Regierung geraten. Dies war der Fall während des Streiks der Busfahrer der Busbetriebe *Wahed* von Teheran im Frühling dieses Jahres, den die Studenten mit Flugblättern und ihrer Teilnahme an den Demos der Busfahrer unterstützten. Dies war der Fall am 8. März, dem Tag der Frau, an dem sie sich öffentlich für die Forderungen der Frauenbewegung aussprachen. Dies war der Fall während der jüngsten Demonstration gegen die Diskriminierung der turksprachigen Aseris, die im Iran eine starke Minderheit darstellen.

Unis schließen

Die Regierung, die Lunte gerochen hast, versucht, zu den blutigen Anfangsjahren der Revolution ab 1980 zurückzukehren. Damals hatte der religiöse Führer Ayatollah Chomeini sämtliche Hochschulen für zwei Jahre schließen lassen, um die „Nester des Widerstands“ zu zerschlagen, die Unis zu „säubern“ und die Aktivisten zu verhaften. Damals kamen Tausende Studenten hinter Gittern, die später hingerichtet wurden. Mit derselben Methode will auch die heutige Regierung unter Ahmadinedschad die aufmüpfigen Studenten zum Schweigen bringen.

Solidarität mit Kritikern der USA?

Wir sollten uns nicht von der anti-amerikanischen Rhetorik der Regierung Ahmadinedschad täuschen lassen. Das sind keine Kapitalismus-Kritiker, sondern Faschisten mit Turban, die alles unternehmen, kritische Menschen ins Gefängnis zu werfen, zu foltern und zu ermorden, um ihr Ausbeuterregime länger am Leben zu halten. Die Folterer, Attentäter und Todesschützen sind jetzt Präsident, Innenminister und Geheimdienstminister des Irans. Unsere Solidarität muss den Menschen gelten, die gegen das Regime protestieren, nicht denen, die es am Leben erhalten, wozu auch die politischen und wirtschaftlichen Machthaber in der BRD gehören.

Gekürzte Fassung eines Textes von Ali Schirasi. Die Vollversion ist unter <http://www.alischirasi.de> einsehbar.



ProtestKulturTage

11.-14.09.2006 in Wiesbaden

Im hessischen Landtag wird in der Zeit vom 12. bis 14. September die 2. Lesung zum hessischen Studienbeitragsgesetz stattfinden.

Aus diesem Anlass haben sich Studierende aus mehreren hessischen Hochschulen zusammengeschlossen, um in diesem Zeitraum zu verschiedenen Protestaktionen nach Wiesbaden einzuladen.

Ziele der ProtestKulturTage:

- Studiengebühren müssen verhindert werden.
- Der Protest gegen deren geplante Einführung soll sich jedoch nicht nur auf Einzelaktionen und/oder Demonstrationen beschränken, sondern durch Inhalte und Kreativität überzeugen.
- Der Protest muss breiter werden. Wir wollen nicht nur Studierende mobilisieren, sondern in der ganzen Bevölkerung Unterstützung gegen den voranschreitenden Bildungsabbau gewinnen. Bisher haben wir uns stark auf das Thema „Studiengebühren“ konzentriert. Klar ist jedoch, dass die Kürzungen im universitären Bereich nur ein Teil des voranschreitenden Sozialabbaus darstellt. Natürlich setzt die Landesregierung darauf, dass sie mit ihrer Politik durchkommen wird, wenn sie in allen Bereichen ein bisschen kürzen, und somit eine breite (und deshalb wirksame) soziale Bewegung verhindern. Um wirksam gegen all diese unsozialen Maßnahmen vorzugehen, müssen wir alle gemeinsam dagegen vorgehen.

Das vorläufige Programm sieht so aus:

- 11.09.2006 Beginn des Campus-Campings an der FH Wiesbaden
- 12.09.2006 Landesweite Demo in Wiesbaden
Solidaritäts-Konzerte gegen Studiengebühren/ -beiträge
- 13.09.2006 ProtestKultur - Ausprobieren und Studieren
bekannter und neuer Protestformen
- 14.09.2006 Solidarität Flagge zeigen
Analyse und Rückblick

Dieses Gesetz würde bedeuten, dass ab dem Wintersemester 2007/08 alle hessischen Studierenden zusätzlich zum Semesterbeitrag 500,- € zahlen müssten. Der Gesetzesentwurf autorisiert zudem die jeweiligen Hochschulleitungen, für einzelne Gruppen, wie z.B. Studierende aus Nicht-EU-Ländern ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung bis zu 1500,- € zu erheben. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren/ -beiträge treibt die Ökonomisierung gemeinwohlorientierter öffentlicher Einrichtungen weiter voran. Gegen diese kontinuierliche Umstrukturierung der Gesellschaft richtet sich unser Protest.

Kontakt und Information:

Falls ihr noch Fragen habt, könnt ihr gerne eine E-Mail an pkt@uebergebuehr.de schreiben.

Rückblick auf das Protestzelten auf der Wiese am IG – Farbenhaus

Im Juni fand für 10 Tage ein Protest Zelten auf dem Campus des IG Farben Gebäudes statt.

Da in den ersten Wochen des Sommersemesters der Protest gegen die geplante Einführung allgemeiner Studiengebühren hauptsächlich auf den Campus Bockenheim beschränkt und vor allem dort sichtbar war, erschien es uns wichtig gerade am IG Farben Campus, dem Prestigeobjekt der Unileitung, Widerstand zu organisieren und mehr Sichtbarkeit zu erreichen. Studentisches und politisches Engagement sind auf dem IG Farben Campus besonders schwierig und von Seiten der Unileitung mehr als unerwünscht. Flyer und Plakate werden gezielt entfernt, Studierende, die Flyer verteilen, werden nach ihrer Genehmigung gefragt und studentische Projekte werden nahezu verunmöglicht. Nachdem wir die Zelte auf der Wiese zwischen Hauptgebäude und Casino aufgebaut hatten, wurde ziemlich schnell klar, dass die Unileitung kein Interesse an Verhandlungen mit uns hatte und sich für die Dauer des Zeltens unkooperativ verhalten wird. So wurden uns zum Beispiel der Zugang zu Strom und Wasser verwehrt. Da das Gelände durch den Zaun nachts abriegelbar ist, mussten wir nach 22.00 Uhr in der Regel über den Zaun klettern, dabei wurden Zeltende mehrfach von der Polizei abgefangen und durchsucht.

In diesem Kontext wird noch einmal besonders deutlich, wie scharf die universitäre Sicherheitspolitik rund um das IG Farben Gebäude ist. Kein anderer Campus der Uni Frankfurt ist von der Öffentlichkeit durch einen Zaun abgegrenzt. Kameras und ein privater Sicherheitsdienst garantieren zusätzlich eine ständige Überwachung. Der Aufbau absurder äußerer Feindbilder (wie der Dealer oder die Randalierer) verdeckt dabei die elitäre Elfenbeinturm-Politik der Universität, die die Trennung zwischen Uni und Stadt perpetuiert.

Gerade hier war und ist es wichtig Raum für studentische und nicht studentische Projekte, selbstbestimmtes Lernen, politische Vernetzung, abhängen und Protestorganisation (auch über Frankfurt hinaus!) zu schaffen. Diesen Raum haben wir durch das Zelten erkämpft. Gegen die explizite Anweisung der Unileitung, keine Unifremden im Rahmen des Zeltens auf das Gelände zu lassen, haben wir – z.B. für die bundesweite Demoan gereiste Studierende eingeladen und ihnen Unterschlupf gewährt.

Den Widerstand gegen Studiengebühren auch auf dem IG Farben Campus zu verbreitern ist uns mit dem Zelten nicht gelungen. Zwar haben wir erreicht, dass der Protest auch dort sichtbar wurde, aktiv beteiligt waren an dem Projekt allerdings nicht viele Studierende, was

dazu führte, dass die Beteiligten eher auf dem Campus gehillt und sich gesont haben. Zwar gab es inhaltliches Programm und Protestplena, aber die Organisation des alltäglichen Lebens und das gemütliche Rumhängen haben weitaus mehr Zeit in Anspruch genommen.

Aber bereits zelten, chillen und diskutieren hat an diesem Campus symbolischen Charakter und setzt ein politisches Zeichen gegen die scheinbar heile, saubere Welt der Universität. Dem übermäßigen Respekt vor dem Gebäude mit seiner Mammutarchitektur, dem Ehrfurchtgestus angesichts des „monumentalen Tummelplatz der Reflexion“, haben wir mit unserer Zeltaktion etwas entgegen gehalten. Wie schon die amerikanischen Soldaten, die auf dem Teich paddelten und in der jetzigen Bibliothek Squash spielten, wollten wir den „schönsten Campus Europas“ entweihen und das präsidiale Idyll stören.

Dieses Idyll ist insbesondere deshalb so widerlich, weil dieses Gebäude die Schaltzentrale der IG Farben, dem Zusammenschluss der größten Chemiekonzerne, im Nationalsozialismus, war. Die IG Farben lieferten kriegswichtige Rohstoffe und eine Tochterfirma produzierte Zyklon B, das Gas mit dem Millionen von Menschen in Konzentrationslagern systematisch vernichtet wurden. Zudem war der Konzern (der ein eigenes Lager, Buna/Monowitz, betrieb, indem zehntausende Menschen ermordet wurden) maßgeblich am Konzept der *Vernichtung durch Arbeit* beteiligt.

Mit der Weigerung die Bezeichnung IG Farben Gebäude/ IG Farben Campus beizubehalten und durch die Verwendung von Begriffen wie Campus Westend und Poelzig Ensemble, wird sich die Geschichte des Gebäudes und der deutschen Vergangenheit schöngeredet.

Aktionen auf diesem Vorzeigecampus der Universität sind per se ein Affront gegen die Unileitung. Nicht zuletzt da Steinberg und das Präsidium Befürworter_innen von allgemeinen Studiengebühren sind und sie sich außerordentlich unsolidarisch gegenüber den Interessen und Protesten der Studierenden verhalten haben, machte es Sinn sich den IG Farben Campus durch das Zelten vorübergehend anzueignen.

Rede des „Arbeitskreises gegen das Vergessen“

(gehalten auf der Demo in Mainz am 6.7.06)

Machen wir uns keine Illusionen. Studiengebühren sind nur ein Teil in einem Gesamtprogramm gigantischer sozialer und politischer Verschlechterungen: Hartz 4, Verlängerung der Arbeitszeiten, Senkung der Löhne, Abbau der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte. Gründe für berechtigten Protest gibt es also mehr als genug. Und wir werden diesen Protest weiter auf die Straße tragen!

Aber unser berechtigter Protest wird einerseits kriminalisiert und soll durch massive Polizeigewalt erstickt werden, wie wir in Frankfurt am eigenen Leib erfahren haben. Deswegen fordern wir ein Ende der Polizeirepressionen!

Andererseits wird versucht, eine Volksgemeinschaft aller Deutschen zu konstruieren. Die Kampagne „Du bist Deutschland“, bereits 1935 geschaffen, erlebt heute ein Comeback. Doch was bedeutet „Du bist Deutschland“?

Es gibt kein Oben und Unten mehr, egal ob Arbeitsloser oder Milliardär, wir kennen keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.

Diese Volksgemeinschafts-Politik erlebte einen Höhepunkt während der Fußball- Weltmeisterschaft.

Was ist alleine in den letzten Wochen, während der WM, in diesem Land passiert? Während die Massen auf der Straße feierten, beschloß die Bundesregierung soeben mal die größte Steuererhöhung seit 1949, die größte Grundgesetzänderung seit dieses existiert, erhöhte die Krankenkassenbeiträge, schenkte den Unternehmen Milliarden Steuerentlastungen und startete den Bundeswehreinmarsch im Kongo. In Hessen peitscht die Koch-Regierung Studiengebühren durchs Parlament.

Im Taumel der riesigen Deutschland-Party wird aber nicht nur die Gegenwart, sondern auch die deutsche Vergangenheit ausgeblendet.

Es findet ein systematisches Vergessen statt. Nicht nur ist Deutschland beflaggt wie seit 61 Jahren nicht mehr, auch das sogenannte „Deutschland-Lied“ ertönt aus allen Ecken.

Dieses Lied drückt keinen „unbefangenen Patriotismus“ aus. Es ist das Lied, welches „Deutschland, Deutschland über alles“- bei der Errichtung des KZ Dachau, bei der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung beim ersten großen, sogenannten „Judenboykott“ im April 1933 ertönte und

welches vor 65 Jahren zu der Stimmung beitrug, die es ermöglichte, Millionen Juden, 500.000 Sinti und Roma und viele andere zu vernichten.

Heute wird dieses Lied, das von den Alliierten verboten wurde, millionenfach gesungen und in eine angebliche demokratische Tradition gestellt.

Die wahre Tradition, die Radikalisierung des Programms der deutschen Nation, die ihren Höhepunkt in Auschwitz hatte, wird nun verleugnet und verdrängt.

Der angeblich entspannte Patriotismus der Deutschen heißt derweil nichts anderes als sich mit jeder Drangsalierung und Zumutung, die im Namen der Nation den Individuen aufgezwungen wird, von vorneherein einverstanden zu erklären. Doch dieses Einverständnis müssen wir den Verhältnissen entziehen!

Deswegen danken wir der GEW, dass sie die Broschüre „Argumente gegen das Deutschlandlied“ von Benjamin Ortmeier in dieser Zeit herausgegeben hat.

„Einigkeit und Recht und Freiheit“ heißt es in der dritten Strophe des Deutschlandlieds.

Doch „Einigkeit und Recht und Freiheit“ – für wen? „Für das deutsche Vaterland“ ... Und eben *nicht* für die Menschen, die in diesem Land leben, nicht für uns.

Für Deutschland und den Standort Deutschland werden hier Studiengebühren eingeführt – schließlich müssen „wir“ ja wettbewerbsfähig bleiben.

Für den Standort Deutschland werden hier die Löhne gedrückt und die Arbeitslosen drangsaliert – schließlich müssen „wir“ ja konkurrenzfähig gegen das Ausland bleiben.

Doch wir sind nicht Teil von diesem nationalen „Wir“.

Wir haben andere Interessen. Wir wissen: Soziale Rechte können nur *gegen* den Standort Deutschland erkämpft werden.

Wir haben mehr gemeinsam mit den kämpfenden Studierenden und ArbeiterInnen in Frankreich, Griechenland und Chile als mit den -die deutsche Nationalmannschaft anfeuernden- Köhlers, Merkels, Becks und Kochs.

Wir sind nicht Deutschland! Wir sind nicht Papst!

Aber wir sind wütend! Und wir werden weiter auf die Straße gehen!
Für französische Verhältnisse! Gegen die deutschen Zustände!

INTERVIEW ÜBER DAS LEBEN UND ARBEITEN AM TURM

AG: In der FR war diesen Sommer zu lesen, der Turm sei „wahrscheinlich das meist gehasste Gebäude der Uni“. Du arbeitest jetzt ja schon sehr lange am Turm...

H: ...ja. Seit dem ersten Tag.

AG: Wer hasst den Turm eigentlich und warum?

H.: Hassen ist mit Sicherheit das falsche Wort. Es ist eine Hassliebe. Wir haben hier Besonderheiten wie die großen Räume für die Sekretariate, das werden wir in Zukunft in der neu zu gestaltenden Uni nicht mehr haben, da sind ja Denkkzellen angedacht. Aber natürlich: Die Klimaanlage ist veraltet, war im Prinzip schon veraltet als wir angefangen haben. Mit den Aufzügen war immer irgendwas los, die Fluchttreppenhäuser sind zu eng, man hat dann Angst, es sind so gut wie keine Feuerübungen gemacht worden, man weiß also nicht wie man sich verhalten soll, und und und. Also es ist so: die meisten sagen, wir würden nicht gerne in einen Neubau ziehen. Aber die Bedingungen hier sind eben auch nicht wirklich gut.

AG: O.K. Es gibt verschiedene Gründe den Turm zu hassen. Was sind denn genau die Gründe den Turm zu lieben?

H.: Ja, die Großzügigkeit der Räume, die Ruhe die vorwiegend hier drin herrscht, die Möglichkeiten der Kommunikation auch untereinander – für unsere Gruppe ist das wichtig. das ist unheimlich schwer zu erklären. Wenn man das alles verdrängt, dass man hier in relativer Höhe, 20 min dauert es bis man unten ist wenn man zügig läuft, man denkt halt nur nicht ununterbrochen dran dass es wahrscheinlich mal irgendwann hier brennen könnte.

Hat ja auch mal gebrannt real. Aber das war dann genau das was ich vorhin auch meinte. Da ist so eine Professorin hier bei mir gekommen und hat zu mir gesagt: können sie mir mal Raum sowieso aufschliessen, da oben soll es brennen. Die wollte mit ihrer Veranstaltung einfach in einen anderen Raum. Weil: man glaubt es nicht mehr. 20 Anrufe, wenn irgendwo ein Signalton ist, erst mal: hast du irgendwas? Weißt du was? Was könnte denn sein? Hier ist glaub ich auch noch nichts passiert, was jetzt Panik oder so annimmt, weil im Prinzip niemand glaubt, wir müssen wirklich ernsthaft raus. Es ist dann wahrscheinlich eher so was wie eine Übung oder es wird sowieso wieder nur ein falscher Alarm sein, da können wir auch schwätzend die Treppe runter laufen.



AG: Es gibt ja jetzt aktuell eine neue Entwicklung am Turm: „Es wird gebaut“, so heisst es, und da scheinen ja jetzt noch mal weitere Veränderungen der Arbeitsbedingungen am Turm ins Haus zu stehen. Man hört darüber so das eine und andere, man sieht jetzt schon unten, dass der ganze Turm quasi mit einem Gerüst umstellt ist. Es gibt eben nur noch einen Eingang und nicht mehr diese vermeintlichen Fluchttreppenhäuser...

H.: Wichtiger: Es gibt nur einen Ausgang. Das ist wichtiger als Eingang.

AG: Es gab ja im Zuge der Bauarbeiten immer wieder Gerüchte, dass ein Netz oder so etwas über den Turm gestreift werden soll wegen den Steinen, die immer aus der Betonfassade rausbrechen. Ich habe gehört, dass das Bauamt von 15 – 20% Lichteinbuße in den Räumen ausgeht. wie ist das denn beim administrativ-technischen Personal aufgenommen worden?

H.: Sehr negativ. Einmal die veränderten Lichtverhältnisse, aber natürlich auch die Möglichkeit mal aus dem Fenster zu gucken wird ja durch dieses Ding eingeschränkt bis weggenommen. Und jeder Mensch der mal irgendwann in einem Haus gewohnt hat, in dem die Fassade erneuert wurde oder verputzt wurde, da muß man vier Wochen hinter so einem großmaschigen Vorhang hocken, der ist heilfroh wenn das wieder weg kommt. Und hier diesem Gebäude droht ja eine relativ engmaschige Ummantelung, wo dann auch wirklich die Sicht auf draussen weggenommen wird. Aber eben auch die Auswirkungen auf den Arbeitsplatz. Insbesondere eben auf die Bildschirmarbeitsplätze, wo eine bestimmte Lux-Zahl

da sein muß, um überhaupt daran arbeiten zu dürfen. Es gibt ja immer diese Begehungen der Bildschirmarbeitsplätze, da wird das gemessen. Und da ist halt dann die Frage die sich da anschließt, wenn der medical airport service – so heißen die die das kontrollieren – wenn die dann kommen und sagen da kann nicht gearbeitet werden weil zu dunkel, was passiert dann? Heisst es dann, es ist ja nur eine vorübergehende Sache, ihr zieht sowieso bald um? Das hören wir jetzt seit über zehn Jahren.

AG: Es gab in der Geschichte des Turms schon – das kannst du sicherlich viel besser sagen als ich – an die zehn glaube ich Besetzungen durch Studierende...

H.: Ja...

AG: Zuletzt auch diesen Sommer wurde das zumindest vorübergehend versucht. Da gab es ja eine ich würde mal sagen relativ kurze Blockade des Turms, die auch erstaunlich schnell auf sehr starken Unmut seitens vieler, die das doch eigentlich auch betrifft was dort thematisiert wurde, gestoßen ist. Das erschien uns vom Turmplenium aus z.B. einfach als eine Neuerung, dass die Ablehnung dagegen so groß war und gleichzeitig auch so eine starke Mobilisierung dagegen vorgenommen wurde. Wir hatten hier mal, was ich ziemlich abgefahren fand, Sonntag nachmittags die Hälfte des Unipräsidiiums inklusive des Kanzlers hier vor dem Turm sitzen, die versucht haben, da irgendwie auf uns einzuwirken. Ist das eine Neuerung? Plötzlich scheint es da Interesse zu geben. Wie hat sich das bei euch während der Turmblockade bemerkbar gemacht?

H.: Also ich bin meistens mit Leuten zusammen mit denen ich gerne zusammen bin und wir sind dann im Regelfall politisch auch einer Meinung. Da gibt es dann nicht die großen Diskrepanzen. Aber natürlich sind verschiedene Leute auf einen zu gekommen und haben gesagt: ich muß in mein Büro weil meine Blumen gehen kaputt. Ich muß meine Aktenordner rausholen weil da muß ich noch was nachgucken. Professor xy braucht dies und jenes und das will ich ihm holen. Die gibt's natürlich und mit denen Rede ich im Regelfall auch nicht stundenlang. Da sag ich dann schon mal, überleg dir doch mal was du da von dir gibst, aber dann lass ich es auch. Es hat wenig Sinn sich mit den Leuten auseinanderzusetzen zu wollen. Wenn meine Blumen wichtiger sind als die Anliegen von Studierenden, dann hab ich schon keine Lust mehr mit diesen Leuten weiter zu diskutieren.

AG: Wobei ja die Interessen der Studierenden, grade auch was die Arbeitsbedingungen angeht, durchaus auch mit denen des

administrativen Personals bspw. zusammen laufen.

H.: Ja, klar. Aber die letzte große Schließung des Turms, wenn man es mal so bezeichnen will, da ging es ja tatsächlich um feuerpolizeiliche Maßnahmen die nicht eingehalten waren, wie Rauchmelder etc., oder eben kaum vorkommende Übungen, kein Evakuierungsplan, etc. da sind natürlich die Interessen aller die hier in dieses Haus rein und raus gehen egal welchen Status sie haben, welcher Gruppe sie angehören, sind da Grundlagen gewesen. Der letzte Streik, diesmal ging es ja eben um die Erhöhung der Studiengebühren, da geht es dann um Solidarität von unserer Seite aus. Oder eben nicht Solidarität.

AG: Damals, 2000/2001. Hat das da funktioniert, so eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen am Turm?

H.: Nein! da waren dann die Studierenden die gesagt haben, uns fehlt nachher das ganze Semester und ich hab dann die Regelstudienzeit überschritten. Also da war dann eher die Gruppe der Studierenden sauer, weil sie zu den Veranstaltungen nicht rein konnten. Weil da damals dann die Anweisung kam, dass dieser Turm was die Veranstaltungen angeht, nur noch minimal belegt werden durfte. Nur bis zum neunten Stock überhaupt. Da war dann die Solidarität auch nicht so durchgängig.

AG: Aber die Angestellten waren schon eher positiv auf die Blockade zu sprechen gewesen?

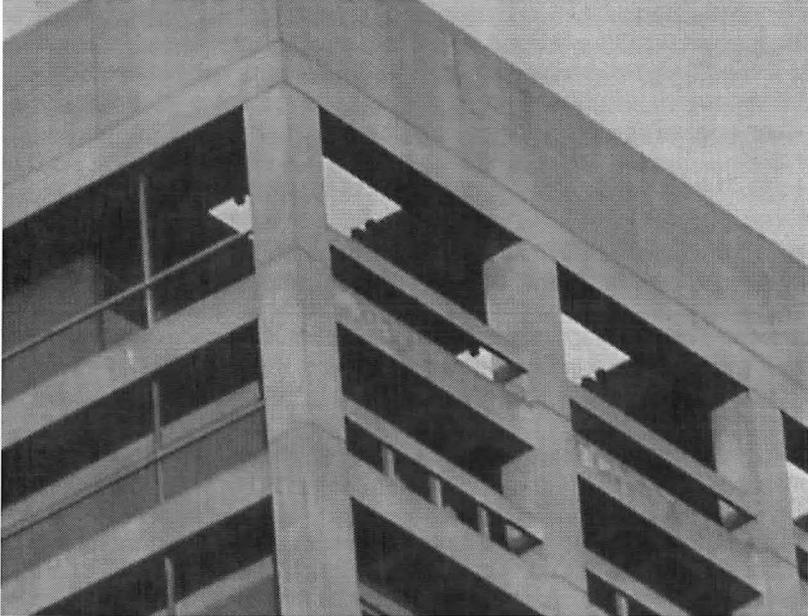
H.: Ich glaube es ist vielen da erst richtig aufgegangen was das bedeutet, wenn man hier in diesem Gebäude arbeitet und lebt. Wenn einem dann wirklich klar wird was es bedeutet, daß hier keine Rauchmelder sind – also jetzt sind sie ja, aber zu diesem Zeitpunkt eben. Oder die Anlage die im Ernstfall den Notruf durchgibt nur in zwei drei Zimmern zu hören ist auf dem gang. oder man kommt morgens an und findet ein grünes Kreuz über der Tür und einen Erste-Hilfe-Kasten auf dem Tisch, ohne irgendwann mal einen Erste-Hilfe-Kurs gemacht zu haben, ohne gefragt zu werden ob man denn bereit und willens ist oder es kann, weil man da vielleicht eine Phobie hat oder sonst was, den Leuten da zu helfen. So diese Übergriffe, diese allgemeinen. Oder eben auch nicht darauf hören wenn wir gesagt haben, wir bräuchten einen Evakuierungsplan. Man muß ja wissen, wo man sich versammelt. Und dann heisst es halt: ja, hmm, mal gucken. Und das ging ja auch los, als die Alchemie noch da war und hier nebenan die Pharmazie auch noch betrieben wurde. Dabei ist der Ansaugstutzen für die Frischluft, der war genau gegenüber von den Ausblasstutzen von den beiden chemischen Fabriken da drüben. Und dann stank es hier mitunter nach faulen Eiern.

Und jedes Mal wenn wir gesagt haben, wir müssen raus weil-, hiess es dann halt, na ja die Alchemie wird ja abgerissen. Die wurde fünfzehn Jahre lang abgerissen – bis der erste Stein fiel. Und der damalige Präsident hat uns gesagt, dass es Gerüche gäbe, die man wahrnimmt, obwohl sie in diesem Ausmaß gar nicht vorhanden sind, wir sollten uns doch mal überlegen, dass wir fast alles Frauen im Klimakterium wären.

AG: Bitte? Das hat er gesagt?

H.: Geschrieben.

AG: Ist ja unglaublich.



H.: Vieles von dem was man an Antworten bekommt, ist: habt euch nicht so, mal platt gesagt. Auch die Klimatechnik ist unheimlich kalt, die Antwort ist: bringen sie sich Socken von zu Hause mit. Und seit das klar ist, dass dieses Gelände hinter dem IG-Farben-Haus bebaut wird mit weiteren universitären Gebäuden und der sog. Campus Bockenheim aufgegeben werden soll, wird alles mehr oder weniger beantwortet mit: das dauert ja nicht mehr lange. So lange könnt ihr es noch aushalten. Und das ist ungefähr auch die Aussage die man bekommt im Zusammenhang mit dieser Ummantelung...

AG: ... die ja tatsächlich bestehen bleiben soll, bis der Turm...

H.: ... bis alles raus ist, ja.

AG: Scheinbar setzt ja die Unileitung ganz stark darauf zu sagen, na ja ihr müsst euch da selber drum kümmern, stellt euch nicht so an. Und da fällt mir wieder diese Anknüpfung an die letzte Turmbesetzung ein, wo die Unileitung meines Wissens nach eine neue Strategie ausgepackt hat. Uns wurde da nämlich über so Mittelbaukanäle ein anschreiben, das die Betonsanierungsarbeiten am Turm betrifft, zugespielt. Das ist jetzt ein Zitat: "die aktuellen Ereignisse, insbesondere bzgl. der Turmbesetzung haben gezeigt, dass die Verbesserung und Intensivierung der Kommunikation zwischen der Universitätsleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort zwingend notwendig ist, um bestehende Probleme zu lösen." Es gibt verschiedene Interessengruppen an der Universität, das wissen wir alle. Und doch scheint es ja gemeinsame Interessen zu geben und welche, die nicht mehr artikuliert werden sollen, dürfen.

H.: Ein Verbot wurde nicht formuliert. Es wurde nicht wirklich Druck ausgeübt, jedenfalls nicht in ausgesprochenen Worten, sondern es war eigentlich eher dann: haben sie Gründe dafür, wieder ins Gebäude zu wollen ? Haben sie Gründe dagegen? Und in der dritten Sitzung gab es auch eine Abstimmung darüber, ob man da eine Resolution verabschieden wollte und es war eigentlich klar gewünscht. Das wurde aber auch nicht gesagt. Das ist ja öfters, dass man das mehr spürt, als das es in Worte gefasst wird.

AG: Das war sozusagen so eine Art Turmplenum von oben bestellt, oder...

H.: Ja. Dienstgespräch, wurde halt eingeladen. Wir wurden mit Kaffee versorgt, die gelbe Mensa wurde extra geöffnet, sodass wir da rein konnten und dann versucht ein Meinungsbild herzustellen. Und was so die Intention war, wurde auch ziemlich deutlich. Also möglichst sagt alle: wir wollen wieder rein, wir wollen arbeiten, wir wollen wieder an unsere Arbeitsplätze, unsere Blumen giessen oder was noch so war - und dann kann man eben auch mit Recht was dagegen unternehmen, dass das Gebäude weiter besetzt bleibt. Und bei der Abstimmung nachher bei euch in der Vollversammlung, da hatte ich auch das Gefühl, dass da relativ viele sich auf die Seite mit gestellt haben, ohne dass sie eigentlich zur Abstimmung aufgerufen worden waren. Aber wurden mit gezählt, die hier arbeiten.

AG: Ja. Es waren ja auch plötzlich doppelt so viele da, wie vorher auf den Vollversammlungen waren. Da war schon ein großer Mobilisierungseffekt.

H.: Ja.

AG: Das ist jetzt so ein bisschen auch die Zukunft. Wir haben eine ganz andere Struktur inzwischen, in der Universitätsverwaltung auf jeden Fall. Wie betrifft euch das generell? Haben sich durch die ganzen Strukturformen an der Uni auch die Hierarchien verändert? Habt ihr jetzt mehr oder weniger gesicherte Arbeitsplätze?

H.: Also betriebsbedingte Kündigungen, wie das immer so schön heisst, gibt es noch keine, sind wohl auch in naher Zukunft zumindest nicht angedacht. Aber es fallen immer mehr Arbeitsplätze einfach weg. Also wenn jemand aus gesundheitlichen Gründen oder Mutterschutz oder Vaterschutz, also Elternzeit - mittlerweile ist das ja so – oder Rente, wird einfach diese Stelle nicht neu besetzt. Das bedingt die Professorenstellen, bis runter zu Arbeiterstellen. Es wird outgesourcet, wie das schöne Wort heisst. Zumindes was Arbeiterstellen anbelangt. Und andere Stellen fallen einfach weg. Das heisst, es wird also eine Massierung an den bestehen bleibenden Arbeitsplätzen. Die Arbeit muß ja verteilt werden.

AG: Die stapelt sich dann auf euren Schreibtischen...

H.: Ja.

AG: Glaubst du denn, dass die Stimmung, die jetzt bei der vergangenen Turmblockade ja schon eher größtenteils dieser Protestform der Studierenden ablehnend gegenüber stand, dass sich diese Stimmung auch wieder ändern könnte? Gerade auch wegen den Plänen der Turmhüllung?

H.: Ja! ja, da bin ich ziemlich sicher. Wenn es fehlende Sicherheitsmaßnahmen sind, da kann man drüber weggucken. Da kann man dann sagen: ich kann ja rennen. oder: ich mach dies oder das oder jenes. Aber die Aussicht vier Jahre lang nicht aus dem Fenster gucken zu können und bei Kunstlicht arbeiten zu müssen, da denke ich, da spielen die Egos ihre Rolle, also: das macht doch nichts, wir brauchen doch keine Feuerwehrrübung, ich sitze ja schließlich im dritten Stock. Aber bei dieser Maßnahme da glaub ich schon, da wird die Uni sich sehr schwer tun.

AG: Und wie sieht das bei den Professorinnen und Professoren am Turm aus? Hast du da, sofern du da mit den Leuten zusammen arbeitest, den

Eindruck, dass da auch tatsächlich so eine Art Wille zum Protest sich regt oder ist es den Profs egal? Die haben ja keine Anwesenheitspflicht hier.

H.: Ich denke die nicht vorhandene Präsenzpflicht der Professoren spielt sicherlich eine wichtige Rolle. Die Veranstaltungen sind vorwiegend ausser Haus, durch die Auflagen von Baupolizei und Feuerwehr, so dass sie das Gebäude ja eigentlich nur noch zu den Sprechstunden betreten müssen. Aber, mehrheitlich sind sie natürlich dagegen, trotzdem. Da denke ich wird auch ein Solidarisierungseffekt noch mal eintreten. Es waren ja auch Professoren mit auf dieser Dienstbesprechung. Wenige, aber es waren welche.

AG: Würdest du denn sagen, dass so wie 2000 mit dem Brandschutzproblem seitens der Studierenden umgegangen wurde – da haben ja zuerst die Dekane der Fachbereiche 03 / 04 bei der Unileitung vorgesprochen und für eine Änderung dieser Missstände sich eingesetzt – und als das nichts geholfen hat, haben die Studierenden gesagt: Gut. Dann machen wir jetzt unter anderem auch deswegen den Turm erst mal dicht. Hältst du denn so eine Protestform für erfolgsversprechend?

H.: Schwer. Ich glaube eher nicht. Da ist doch dann auch die Angst um die Arbeitsplätze. Weigern können wir uns ja sowieso nicht. Und man muß jeden Tag kommen und die Arbeitskraft anbieten, wenn es eben nicht geht kann man wieder gehen. Aber ich denke mal, wirklich eine längerfristige Blockade wird nicht noch mal zu Stande kommen. Glaube ich nicht. Gerade auch auf diesem Hintergrund, wir ziehen ja weg und wir wollen unsere Bedingungen da ja auch nicht kaputt machen. Da kommen dann so Gedanken auf: wenn wir jetzt meckern, dann kriegen wir ein Großraumbüro, und dann sitzen wir da alle irgendwie uns gegenseitig auf dem Schoß und keine hat mehr so ihren Freiraum, auch der Gestaltung. Das hat ja auch viel damit zu tun, das ist das was wieder auch die schöne Seite hier, also in Anführungszeichen schöne, ausmacht, ist eben dass man im Büro Poster hin hängen kann oder Blumen hinstellen, und man muß jetzt nicht darauf achten ob die Kollegin die mit im kleinen Zimmer sitzt, eventuell eine Allergie gegen irgendwelche Pflanzen hat oder dieses Poster überhaupt nicht mag. Das kann man für sich selber halt in einem Raum der einem allein zur Verfügung steht handhaben wie man möchte.

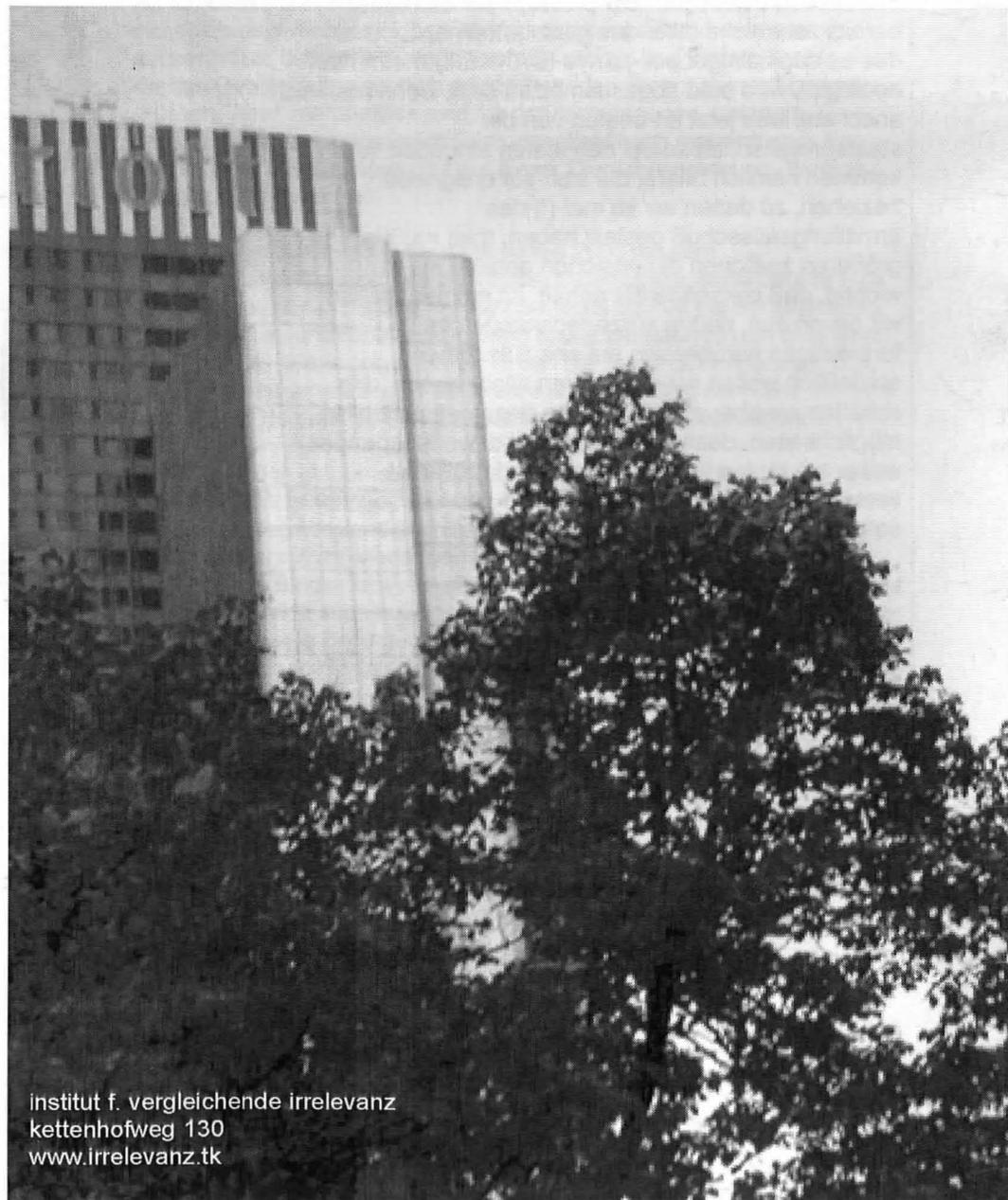
(Das Gespräch mit H. vom Turm führte die AG *Vermummung statt Verdummung* Anfang August 2006.)

SPENDENAUFBRUF DES AK RECHT

der ak recht hilft den von polizeirepression betroffenen seit beginn der proteste. wir betreuen bereits zahlreiche fälle. das ganz gute finanzpolster, das es dank einiger soli-partys (DANKE!!!) momentan noch gibt, wird bald abgeschmolzen sein, wenn man sich anschaut, was jetzt an briefen von der staatsanwaltschaft so bei den leuten eintrudelt. jetzt kommen nämlich briefe, die sich auf ereignisse beziehen, zu denen wir im mai (!) den ermittlungsausschuß gestellt haben. man muß in größeren zeitlichen dimensionen denken. es ist wichtig, daß die solidarität anhält. im moment gehen wir davon aus, daß in kürze rechnungen im fünfstelligen eurobereich auf uns zukommen. schließlich wollen wir niemanden allein lassen. das schaffen wir aber nur im rahmen unserer finanziellen möglichkeiten. deshalb bitte dringend: weiter spenden, weiter mit töpfen für den ak recht auf größeren versammlungen rumlaufen und geld sammeln, weiter solipartys machen! und wohin mit all dem geld?

konto: 6000 903 718
blz: 501 900 00
bei: volksbank frankfurt
inhaberIn: jonas grätz

der ak recht trifft sich immer noch dienstags ab 20:30 uhr in den räumlichkeiten des asta. per mail sind wir rund um die uhr unter akrechtunifrankfurt@yahoo.de zu erreichen - und wir haben ein hungriges postfach im asta.



institut f. vergleichende irrelevanz
kettenhofweg 130
www.irrelevanz.tk